



Name: _____

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. „Die reine Freiheit des Arbeitsmarktes musste daher ein instabiler Zustand sein. Im Zusammenspiel von Protest der Arbeiter, Revolutionsprävention der Eliten und moralischer Einsicht in kleinen Reformgruppen entstanden daher nach wenigen Jahrzehnten die Grundzüge des Sozialstaates.“ (Z. 16 – 19)
Erläutern Sie diese Aussage des Autors aus dem Text heraus ausführlich anhand des Wandels der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeiter in Deutschland im Verlauf des 19. Jahrhunderts. *(36 Punkte)*
3. Diskutieren Sie, inwieweit das vom Autor dargelegte Ungleichgewicht der Verhandlungspartner am Arbeitsmarkt in Deutschland noch heute ein Problem darstellt und inwieweit der seit dem 19. Jahrhundert entwickelte und weiter ausgebaut Sozialstaat heute noch notwendig ist. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Jürgen Osterhammel: Arbeitsmarkt ohne Gleichgewicht. In: Ders.: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, 4. durchgesehene Auflage, München: C. H. Beck 2009, S. 1008 f. (Erstausgabe ebenfalls 2009)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Arbeitsmarkt ohne Gleichgewicht (Auszug)

Gegen Ende des Jahrhunderts kam ein neuer Faktor hinzu: der Aufstieg der organisierten Arbeiterbewegung. Erst die nun allmählich sich bildenden Möglichkeiten, den übermächtigen Kapitalbesitzern als forderndes Kollektiv¹ gegenüberzutreten, korrigierte ein grundsätzliches Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt. Ein wirklicher Durchbruch war erst dann erreicht, wenn jeweils eine nationale Gesetzgebung die Möglichkeit von Tarifverhandlungen (*collective bargaining*)² einräumte. So führt der hindernisreiche Aufstieg freier Arbeit zu einem Paradox³: Erst die Einschränkung der Freiheit des Marktes durch Bildung von Verhandlungsmonopolen auf Arbeiterseite gab den Einzelnen Freiheit von den Machtmitteln der Käufer von Arbeitskraft, vor allem der Möglichkeit, die um Beschäftigung konkurrierenden Arbeiter gegeneinander auszuspielen und kurzfristige Kündigungen auszusprechen. Freie Arbeit in einem substantiellen⁴ Sinn entstand aus der sozialstaatlich motivierten Einschränkung unbegrenzter Vertragsfreiheit. Die Kontraktualisierung⁵ des Arbeitsverhältnisses allein war außerstande, die «Würdelosigkeit der Lohnarbeiterschaft» (Robert Castel⁶) zu verhindern oder zu beseitigen. Der mit nichts als seiner eigenen physischen Arbeitskraft ausgestattete Arbeiter war ein Wesen ohne Garantien und Rechte und darin seinem Antipoden⁷, dem Sklaven, vergleichbar. Die reine Freiheit des Arbeitsmarktes musste daher ein instabiler Zustand sein. Im Zusammenspiel von Protest der Arbeiter, Revolutionsprävention⁸ der Eliten und moralischer Einsicht in kleinen Reformgruppen entstanden daher nach wenigen Jahrzehnten die Grundzüge des Sozialstaates. Dass die schutzlose Arbeitsfreiheit als Grundlage für gesellschaftliche Integration wenig taugte, hatten zunächst philanthropische⁹ Unternehmer gesehen. Der frühe Sozialstaat, wie er sich seit den 1880er Jahren entwickelte, systematisierte solche Fürsorge und ersetzte sie durch das eigentlich neuartige, eine stille Revolution herbeiführende Prinzip der Pflichtversicherung. Dahinter stand eine Auffassung von Gesellschaft nicht als Ansammlung von Individuen, sondern als spannungsreiche Pluralität von Kollektiven, eine Auffassung, in der Konservative und Sozialisten prinzipiell übereinstimmten. Nur deshalb war der Aufbau früher Sozialstaatlichkeit jenseits des klassischen Liberalismus möglich. Ganz so individualistisch-«manchesterlich»¹⁰ war aber selbst der klassische (vor allem britische und französische) Liberalismus bei all seinen Vertretern in Theorie und Politik nicht gewesen. Der «neue Liberalismus» konnte sich daher dem allgemeinen Trend der Zeit zur staatlichen Abfederung von Arbeit anschließen. In der Definition der «sozialen Frage» bestand während der zwei

¹ Der Begriff „Kollektiv“ beschreibt soziale Gruppen, deren Beteiligte nach verschiedenen Gesichtspunkten zusammengefasst werden – es kann z. B. ein Volk, eine Klasse, eine Belegschaft sein.

² englischsprachiger Begriff für Tarifverhandlungen

³ Widerspruch in sich

⁴ wesentlich

⁵ von „Kontrakt“: Vertrag; „Kontraktualisierung“ meint hier die vertragliche Regelung eines Arbeitsverhältnisses zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter.

⁶ französischer Soziologe

⁷ hier: Gegenspieler, Gegenüber

⁸ vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des Ausbruchs einer Revolution

⁹ menschenfreundlich

¹⁰ von „Manchestertum“: (oft abwertend gebrauchte) Bezeichnung für einen wirtschaftspolitischen Liberalismus mit der Forderung nach völliger Freiheit der Wirtschaft ohne jeden staatlichen Eingriff. (Die englische Industriestadt Manchester galt im 19. Jahrhundert als Zentrum dieser Richtung.)



Name: _____

oder drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg in den industrialisierten Ländern Europas ein gewisser Grundkonsens. Die Sozialversicherung, die in Deutschland primär ein Projekt konservativer Systemstabilisierung war, wurde in Großbritannien nach 1906 von einer *liberalen* Regierung in Angriff genommen. [...]

Anmerkungen:

Jürgen Osterhammel (geb. 1952) ist Historiker. Seit 1999 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz.

(Hervorhebungen wie im Original.)

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

1. Aufgabenart

Bearbeitung eines Sekundärtextes mit gegliederter Aufgabenstellung

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (20 Punkte)
2. „Die reine Freiheit des Arbeitsmarktes musste daher ein instabiler Zustand sein. Im Zusammenspiel von Protest der Arbeiter, Revolutionsprävention der Eliten und moralischer Einsicht in kleinen Reformgruppen entstanden daher nach wenigen Jahrzehnten die Grundzüge des Sozialstaates.“ (Z. 16 – 19)
Erläutern Sie diese Aussage des Autors aus dem Text heraus ausführlich anhand des Wandels der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeiter in Deutschland im Verlauf des 19. Jahrhunderts. (36 Punkte)
3. Diskutieren Sie, inwieweit das vom Autor dargelegte Ungleichgewicht der Verhandlungspartner am Arbeitsmarkt in Deutschland noch heute ein Problem darstellt und inwieweit der seit dem 19. Jahrhundert entwickelte und weiter ausgebaut Sozialstaat heute noch notwendig ist. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Jürgen Osterhammel: Arbeitsmarkt ohne Gleichgewicht. In: Ders.: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, 4. durchgesehene Auflage, München: C. H. Beck 2009, S. 1008 f. (Erstausgabe ebenfalls 2009)

4. Bezüge zu den Vorgaben 2011

1. *Inhaltliche Schwerpunkte*
 - Auswirkungen des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert in Deutschland auf die Lebens- und Arbeitswelt
 - Merkmale des Industriekapitalismus (Privateigentum an Produktionsmitteln, marktwirtschaftliche Faktoren, freie Lohnbildung)
 - Soziale Auswirkungen der Industrialisierung (inhumane Arbeitsbedingungen, Landflucht, Pauperismus, Klassenantagonismus, Funktionswandel der Familie)
 - Lösungsversuche der sozialen Frage (Arbeiterbewegung, Unternehmer, Kirchen, Staat)
 - Gesellschaftstheorie (Marx)

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

2. Medien/Materialien

- entfällt

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	nennt den Verfasser (J. Osterhammel, Historiker), das Erscheinungsjahr des Textes (2009), die Textsorte (wissenschaftliche Darstellung) und die Adressaten (Fachwissenschaftler und historisch interessierte Öffentlichkeit).	2
2	nennt als Thema des Textes in etwa: Charakterisierung der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und des Sozialstaats in den Industrieländern des 19. Jahrhunderts.	2
3	formuliert als Kernaussage, dass erst die Begrenzung schrankenloser Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgebern und dem einzelnen Arbeiter, wie sie durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung und die Anfänge des Sozialstaates bewirkt worden sei, eine gewisse Stabilität des Systems freier Arbeitsbeziehungen im Industriekapitalismus hervorgebracht habe.	2
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, sinngemäß in folgender Weise wieder: Osterhammel • stellt die These auf, dass erst durch das Aufkommen der organisierten Arbeiterbewegung mit ihrem Auftreten als Verhandlungsmacht eines Kollektivs von Arbeitern das strukturelle Ungleichgewicht auf dem industriekapitalistischen Arbeitsmarkt korrigiert werden konnte, • begründet dies mit der zuvor bestehenden völligen Ohnmacht des zwar rechtlich freien, aber ökonomisch schwachen Arbeiters in seiner Beziehung zum Unternehmer als Kapitalbesitzer, • behauptet, dass ein Zustand völlig unbegrenzter Vertragsfreiheit nicht ausreiche, würdige Arbeitsverhältnisse für die Arbeitnehmer zu begründen und notwendig zu Instabilität führe, • sieht den sich allmählich entwickelnden Sozialstaat als von verschiedenen Seiten geförderte Antwort auf diesen Zustand der Instabilität, • erklärt den Hintergrund dieser Entwicklung zum Sozialstaat mit der Erkenntnis, dass Gesellschaft durch Kollektive geprägt sei, was selbst der klassische Liberalismus im Kern akzeptiert habe.	4

5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punktteile ausweisen zu können): • Erst das gewachsene Gewicht der organisierten Arbeiterbewegung habe Ende des 19. Jahrhunderts den Arbeitern Möglichkeiten geschaffen, als Kollektiv in gesetzlich verankerten Tarifverhandlungen Forderungen gegenüber den bisher übermächtigen Arbeitgebern aufzustellen, um so das bisherige strukturelle Machtgefälle zwischen Kapitalbesitzern und dem einzelnen Arbeiter zu korrigieren. • Vorher habe der Unternehmer als Käufer der Arbeitskraft die einzelnen, auf den Verkauf ihrer physischen Arbeitskraft angewiesenen und um Arbeitsplätze konkurrierenden Arbeiter gegeneinander ausspielen können, da diese ohnmächtig und rechtlos gewesen seien. • Die schrankenlose Vertragsfreiheit zwischen den Unternehmern als Kapitalbesitzern und dem einzelnen Arbeiter habe wegen der Ungleichgewichtigkeit der Vertragsparteien paradoxerweise doch nicht zur dauerhaften Durchsetzung würdevoller Arbeitsverhältnisse geführt, sondern nur zu einem Zustand der Instabilität. • Als Antwort darauf habe sich aus dem Zusammenspiel von Protesten der Arbeiter selbst, von Veränderungsbereitschaft der, revolutionären Druck befürchtenden, Eliten und vom Entgegenkommen verschiedener moralisch motivierter Reformkräfte die Entwicklung zum Sozialstaat ergeben, wobei vor allem die Bedeutung des Prinzips der Pflichtversicherung hervorzuheben sei. • Hinter dieser Entwicklung zum Sozialstaat habe eine von Konservativen und Sozialisten gleichermaßen getragene Auffassung gestanden, dass Gesellschaft primär durch das spannungsreiche Nebeneinander von Kollektiven und nicht durch eine Ansammlung von Individuen geprägt sei, was selbst der klassische Liberalismus nicht völlig leugne, wie man daran sehe, dass in England eine liberale Regierung eine Sozialversicherung initiiert habe, während sie in Deutschland primär ein Anliegen konservativer Systemstabilisierung gewesen sei.	10
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert ausführlich anhand des Wandels der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeiter in Deutschland im Verlaufe des 19. Jahrhunderts die folgende Aussage des Autors: „Die reine Freiheit des Arbeitsmarktes musste daher ein instabiler Zustand sein. Im Zusammenspiel von Protest der Arbeiter, Revolutionsprävention der Eliten und moralischer Einsicht in kleinen Reformgruppen entstanden daher nach wenigen Jahrzehnten die Grundzüge des Sozialstaates.“ Er stellt dabei mit folgenden Sachverhalten einen Zusammenhang her:	
1	mit der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Situation vieler Arbeiter seit der ersten, vom Übergang zum Wirtschaftsliberalismus gekennzeichneten Industrialisierungsphase bis hinein in die Phase der Hochindustrialisierung (Pauperismus / Soziale Frage) als Auswirkung der von Osterhammel angeführten völligen Freiheit des Arbeitsmarktes; er berücksichtigt mindestens fünf Aspekte, z. B.: • extrem niedrige Löhne (allmählicher Anstieg erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts) als Folge der Lohnbildung aus Angebot und Nachfrage an einem lange Zeit völlig freien Arbeitsmarkt, • schlechte Arbeitsbedingungen wie z. B. überlange Arbeitszeiten von z. T. 12 Stunden und mehr, gesundheitsgefährdende Verhältnisse in den Fabriken u. a. m., • leichte Austauschbarkeit und schwache Verhandlungsposition des einzelnen Arbeiters infolge des lange Zeit sehr hohen Arbeitskräfteangebotes,	12

	• fehlender gesetzlicher Kündigungsschutz mit der drohenden Entlassung als Disziplinierungsmittel, • die weitgehende Rechtlosigkeit der Arbeiter: kein Streik- und Koalitionsrecht, keine betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, • Kinderarbeit auf Grund des zu geringen Familieneinkommens mit ihren schädlichen Auswirkungen auf die geistigen und körperlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder, • fehlende Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Arbeiter wegen fehlender Arbeitszeitregelungen und einem Mangel an geeigneten Bildungseinrichtungen, • ungleichmäßiges Wachstum, Wirtschaftskrisen mit der damit verbundenen Existenzunsicherheit der einzelnen Arbeiter, die diesen Wechselfällen einer freien Marktwirtschaft schutzlos ausgeliefert waren, • existenzielle Unsicherheiten durch fehlende soziale Absicherung bei Krankheit, Alter, Invalidität.	
2	mit der von Osterhammel als wesentlichen Impuls zur Veränderung angeführten zunehmenden Organisation der Arbeiterproteste durch die Bildung von Arbeiterorganisationen, vor allem von Parteien und Gewerkschaften und den von ihnen erreichten Veränderungen; er berücksichtigt mindestens drei der folgenden Aspekte: • die Gründung von sozialdemokratischen Arbeiterparteien in Deutschland in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts (teils mit reformerischer, teils mit revolutionärer Programmatik) und ihre Vereinigung in der Mitte der 70er Jahre, • das rasche Wachstum der vereinigten Partei sowohl im Hinblick auf die Gewinnung von Parlamentssitzen als auch das Mitgliederwachstum mit der Folge einer wachsenden Bedeutung der SPD für die inner- und außerparlamentarische politische Auseinandersetzung in Deutschland, • die Gründung von sozialistischen und christlich orientierten Gewerkschaften als kollektive ökonomische Interessenvertretung der Arbeiter auf betrieblicher und außerbetrieblicher Ebene seit den 60er Jahren und ihre wachsenden Mitgliederzahlen bis zum 1. Weltkrieg, • die Organisation von Protesten und Streiks wie z. B. dem Bergarbeiterstreik von 1889, die zwar nicht immer erfolgreich für die Arbeiter verliefen und z. T. auch mit staatlicher Gewalt unterdrückt wurden, aber deutlich ein gewachsenes Selbstbewusstsein und eine gestiegene Kampfkraft der Arbeiter als Kollektiv zeigten, langfristig ihre Stellung im Betrieb stärkten und Konzessionen von Unternehmerseite bewirkten.	8
3	mit der „moralischen Einsicht“ in „kleinen Reformgruppen“ im gesellschaftlichen und kirchlichen Bereich, aus Gründen der Gerechtigkeit und der Humanität eine soziale Besserstellung der Arbeiter herbeiführen zu müssen, er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • Appelle einzelner staatlicher Beamter schon in der ersten Industrialisierungsphase, die Situation der Arbeiter zu verbessern, z. B. mit der Folge einer staatlichen Einschränkung der Kinderarbeit in Preußen oder der Einrichtung kommunaler Hilfskassen (Barmen), • die Gründung des Vereins für Sozialpolitik und dessen Forderung nach Begrenzung eines ungezügelter Liberalismus sowie einer Stärkung der Verhandlungsposition des einzelnen Arbeiters durch eine entsprechende staatliche Gesetzgebung, • Appelle und Hilfsmaßnahmen aus kirchlichen Kreisen auf der Basis des Postulats der Nächstenliebe, z. B. Gründung von Gesellenvereinen durch A. Kolping, die Entwicklung der katholischen Soziallehre durch W. Ketteler u. a., die Sozialenzyklika des Papstes von 1891, J. H. Wichern und die Innere Mission, • die Forderung nach Beschränkung der Kinderarbeit aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen – unter anderem auch mit dem Argument, dass den Kindern ein Recht auf freiere Entfaltung ihrer Persönlichkeit zugebilligt werden müsse, • Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik, die in beiden Industrialisierungsphasen von einzelnen Unternehmern auch aus humanitären Motiven gefordert und durchgeführt worden sind und nicht nur aus betriebswirtschaftlichem Kalkül, wie z. B. die Fabrikrede von Buss oder die Maßnahmen von Abbe zeigen.	8

4	mit Maßnahmen und Haltungen, die der „Revolutionsprävention der Eliten“ insofern zugerechnet werden können, als sie dem Ziel folgten, die organisierte Arbeiterbewegung an einer revolutionären Veränderung des kaiserlichen Obrigkeitsstaates und des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu hindern und somit „konservativer Systemstabilisierung“ zu dienen; er berücksichtigt den ersten und mindestens einen der anderen Aspekte: • die Versuche des Staates, parallel zur Repression, durch Entgegenkommen – vor allem durch die Einführung gesetzlich verankerter Pflichtversicherungen im Falle von Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter – einen weiteren Aufstieg der Arbeiterbewegung, besonders der SPD mit ihrer marxistisch fundierten Programmatik zu verhindern, ohne grundlegendere Systemkorrekturen vornehmen zu wollen, • die Versuche einiger Unternehmer (z. B. Krupp, Stumm) mit Hilfe betrieblicher Sozialpolitik auf das Privatleben der Arbeiter Einfluss zu nehmen, sie zu disziplinieren und von politischer Betätigung, vor allem von einer Organisation bei den Sozialdemokraten, abzuhalten, • die ausdrückliche Ablehnung revolutionärer Veränderungen von kirchlicher Seite, wie z. B. an der Ausrichtung der „Christlich-sozialen Arbeiterpartei“ unter der Führung des konservativ-nationalistischen Adolf Stoecker oder an der Verurteilung von Liberalismus und Sozialismus durch Papst Leo XIII. gezeigt werden kann, • die Versuche des Staates, mit Hilfe von Repressionen die Entstehung einer organisierten Arbeiterschaft durch den Versuch ihrer Kriminalisierung aufzuhalten, wie z. B. anhand des Sozialistengesetzes gezeigt werden kann.	8
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	diskutiert aus unterschiedlichen Blickwinkeln, inwieweit das vom Autor dargelegte Ungleichgewicht der Verhandlungspartner am Arbeitsmarkt in Deutschland noch heute ein Problem darstellt: er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • einerseits – die Tatsache, dass es heute vielfach gut ausgebildete Spezialisten gibt, deren Arbeitskraft gefragt ist und die sie – auch als Einzelne – zu guten Bedingungen verkaufen können, – das Vorhandensein von heute rechtlich anerkannten und gesellschaftlich akzeptierten Gewerkschaften, die das Koalitions- und Streikrecht haben und als Tarifpartner agieren und die so ein Gegengewicht gegen die lange „übermächtigen Kapitalbesitzer“ bilden, – die heute existierende umfassende Gesetzgebung mit einklagbaren Schutzrechten (z. B. Kündigungsschutz) und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer (z. B. durch das Betriebsverfassungsgesetz), die bewirken, dass der Arbeiter nicht mehr nur „ein Wesen ohne Garantien und Rechte“ ist, • andererseits aber auch – die vor allem mit Hinweis auf den Druck des globalisierten Wettbewerbs durchgesetzte Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahrzehnten (z. B. Lockerung des Kündigungsschutzes, Förderung der tariflich schlechter gestellten Leiharbeit), die das Gleichgewicht zu Lasten der Situation der Arbeitnehmer tendenziell in Frage stellen, – Tendenzen zur Auflösung der von Osterhammel angeführten „Bildung von Verhandlungsmonopolen auf Arbeiterseite“ als entscheidender Voraussetzung für einen Arbeitsmarkt mit Gleichgewicht (z. B. zurückgehende Mitgliederzahlen der Gewerkschaften; wachsende Zahl von Branchen, in denen die Arbeitsverhältnisse nicht mehr oder nur in geringem Maße tarifvertraglich geregelt sind),	10

	– die nach wie vor vorhandene Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft mit der Folge von Ungleichgewichten, die in Form von Arbeitslosigkeit und damit verbundener wachsender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auch heute noch zur existenziellen Verunsicherung von Arbeitern führen.	
2	diskutiert aus unterschiedlichen Blickwinkeln, inwieweit der seit dem 19. Jahrhundert entwickelte und weiter ausgebaut Sozialstaat heute noch notwendig ist; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte z. B. : • einerseits – die Frage der Finanzierbarkeit des Sozialstaats in Zeiten des demografischen Wandels und der wachsenden Belastung durch steigende Ausgaben, z. B. im Gesundheitswesen, – die Frage möglicher negativer Auswirkungen sozialstaatlicher Transferzahlungen auf die Eigenverantwortung und -initiative der Leistungsempfänger, • andererseits aber auch – die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten des einzelnen Arbeitnehmers, sich bei dem bestehenden Lohnniveau und bei ggf. rückläufiger Absicherung durch kollektive sozialstaatliche Sicherungssysteme individuell auf unkalkulierbare Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Versorgung im Alter so vorzubereiten, dass Leben und Altern in Würde möglich sind, – die heute noch hohe Bedeutung des von Osterhammel als „stille Revolution“ hervorgehobenen „Prinzip(s) der Pflichtversicherung“, das Arbeitnehmern ein auch durch eigene Beiträge erworbenes Anrecht auf soziale Leistungen einräumt und Arbeiter in Notsituationen nicht angewiesen sein lässt auf freiwillige Wohltätigkeit (Almosen) oder auf die Risiken privater Versicherungen, – die Bedeutung von gesellschaftlicher Integration und sozialem Frieden, die durch sozialstaatliche Strukturen gefördert werden, für die Vermeidung gesellschaftlicher Instabilität bzw. für den Erhalt von Rechtsstaat und Demokratie.	10
3	formuliert ein Fazit, in dem er abschließend deutlich macht, inwieweit aus seiner Sicht das Spannungsverhältnis zwischen Regulierung und Deregulierung am Arbeitsmarkt heute angemessen ausgestaltet ist, und inwieweit der Umfang des Sozialstaates heute (wieder) zu Recht zur Diskussion steht bzw. ob eine stärkere Hinwendung zu der Auffassung von Gesellschaft als „Ansammlung von Individuen“ angemessen sein könnte.	4
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	nennt den Verfasser ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	2			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	20			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert ausführlich anhand ...				
1	mit der schlechten ...	12			
2	mit der von ...	8			
3	mit der „moralischen ...	8			
4	mit Maßnahmen und ...	8			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	diskutiert aus unterschiedlichen ...	10			
2	diskutiert aus unterschiedlichen ...	10			
3	formuliert ein Fazit ...	4			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsomme resultierende Note				
	Note ggf. unter Absenkung um ein bis zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktsommen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 39
mangelhaft plus	3	38 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. Erläutern Sie wesentliche Hintergründe, deren Kenntnis für eine Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Autors zu Ursachen und Ausgestaltung der mit der nationalsozialistischen Machtübernahme einhergehenden Veränderungen 1933 erforderlich ist. *(36 Punkte)*
3. Setzen Sie sich mit den Einschätzungen des Autors zu Ursachen und Rechtmäßigkeit der „nationalen Regeneration“ sowie mit seinen Aussagen zur Rolle von Kommunisten und Juden umfassend auseinander. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Hans Wahl: Memorandum über die gegenwärtige Lage in Deutschland, insbesondere über die Judenfrage, 7. Juni 1933. In: Armin Boyens: Kirchenkampf und Ökumene 1933 – 1939. Darstellung und Dokumente. München 1969, S. 299 ff.

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Das folgende Memorandum¹ wurde als Antwort auf verschiedene Schreiben von kirchlichen Organisationen und einzelnen Personen aus dem Ausland zur Situation der Juden in Deutschland am 7. Juni 1933 vom evangelischen Kirchenbundesamt versandt. Autor des Textes ist der Oberkonsistorialrat Hans Wahl. Ein Oberkonsistorialrat übernimmt in einem Konsistorium, einer Verwaltungsbehörde der evangelischen Kirche, kirchenleitende Aufgaben.

Was sich in den letzten Monaten in Deutschland vollzogen hat und noch vollzieht, ist eine Revolution oder besser noch eine nationale Regeneration von tiefster und weitester innerer Auswirkung. Die Bildung der Regierung und der Ausbau ihrer Machtstellung haben sich freilich nicht im Wege der Gewalt, sondern im Rahmen der Verfassung und mit den Mitteln
5 der Mehrheitsentscheidung, der Wahl und Abstimmung vollzogen. Die Gesetze werden auf Grund einer Ermächtigung erlassen, die eine 2/3 Mehrheit des verfassungsmäßig gewählten Reichstages der Regierung auf 4 Jahre erteilt hat. Aber auf Grund dieser Ermächtigung will die Regierung an die Stelle des Alten in Staat und Wirtschaft etwas in vieler Hinsicht grundsätz-
10 lich Neues setzen. Wie jede politische Umwälzung, so formt auch die deutsche Revolution von 1933 auf vielen Gebieten neue Vorstellungen von dem, was für das Wohl des Volkes und für die Erhaltung seines Lebens notwendig und gut ist. [...] Die Mischung der liberalen und marxistischen Ideen, die der Verfassung des Nachkriegs-Deutschlands ihren Stempel aufgedrückt hat, hat sich für das Verfassungs- und Volksleben nicht als fruchtbar erwiesen. Sie hat es vor allem nicht vermocht, die gefährlichen sozialen und politischen Gegensätze,
15 die im deutschen Volk seit langer Zeit vorhanden waren, auszugleichen. Diese Not ist die letzte Ursache der nationalsozialistischen Bewegung einerseits, und andererseits erwächst aus ihr ihre Aufgabe. Dies ist der Angelpunkt für das Verständnis des heutigen Geschehens in Deutschland. Von hier aus müssen daher auch die Einzelheiten bewertet werden. [...]

Das deutsche Volk kämpft seit jetzt beinahe 2 Jahrzehnten um sein Leben. Die Regierung
20 will in einer großen organisatorischen und geistigen Anstrengung in Staat, Wirtschaft und Kultur die verfallende Ordnung unseres Volkslebens wieder zu einem kraftvollen Organismus gestalten. Zucht und Ordnung, Sparsamkeit und Fleiß, sozialer Frieden und Pflege der nationalen Kulturgüter des deutschen Volkes sind Mittel und Ziel dieses Weges zugleich. Die erhoffte endliche Konsolidierung² der Verhältnisse in Deutschland wird auch für die
25 Weltpolitik, für die Erhaltung des Friedens – freilich nicht ohne kluge und im Geiste der Gerechtigkeit betätigte Handhabung der internationalen Probleme durch das Ausland – von großer und positiver Bedeutung werden. Bekanntlich ist eine starke Regierung meist eine bessere Garantie für den Frieden als eine schwache, die allen möglichen unkontrollierbaren Einflüssen ausgesetzt ist. [...]

30 Als eine ihrer Hauptaufgaben im Innern hat die Regierung naturgemäß die geistige und politische Überwindung des Marxismus besonders in der Form des Kommunismus erkannt, der in Deutschland – wie übrigens auch in anderen Ländern – eine unmittelbare, den Staat und die Kirchen bedrohende Stärke erreicht hatte. Dabei sind selbstverständlich einzelne von der Staatsgewalt ergriffene Maßregeln nicht frei von Härten. [...]

¹ Denkschrift

² Festigung, Sicherung



Name: _____

- 35 Der Versuch einer gewaltsamen Aufrichtung der kommunistischen Diktatur schien auf dem Wege der Verwirklichung. Es braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden, welches Schicksal die Kirche bei dem fanatischen Haß des Kommunismus gegen Religion und Kirche im Falle eines Sieges des Kommunismus gefunden haben würde. Der Standpunkt der Reichsregierung, daß sie durch Übernahme der Regierung am 30. Januar 1933 eine in sicherer Aussicht stehende Katastrophe verhindert habe, wird auch von den Kirchen geteilt.

- Für einen so machtvollen Umschwung der Dinge, wie wir ihn erlebt haben, wird das Gesamturteil eines disziplinierten Verlaufs geschichtlich bestehen. Wie bei der Wucht dieser Revolution und der tiefgehenden Erregung der Bevölkerung aber nur natürlich ist, sind einzelne Gewaltakte – auch gegen Juden, aber nicht allein oder vorzugsweise gegen diese – vorgekommen, die nicht nur von den Kirchen, sondern auch von der Regierung mißbilligt und bedauert werden. Doch sie stehen in keinem Verhältnis zu den grausamen und schmachvollen Vorgängen der Revolution von 1918, die allerdings von der christlichen Welt seinerzeit nicht beachtet worden sind. Im großen und ganzen kann bezeugt werden, daß die Bevölkerung eine Disziplin bewahrt hat, wie sie wohl selten bei einer Staatsumwälzung bewiesen worden ist.
- 50 [...]

- Die Judenfrage ist in Deutschland kein eigentliches Nachkriegsproblem, wenngleich sie die für die heutige Zeit charakteristische Zuspitzung erst nach dem Kriege unter der Einwirkung der deutschen Revolution von 1918 einerseits und des Versailler Vertrages andererseits erfahren hat. Weite Schichten des Volkes empfanden die Haltung mancher jüdischer Kreise im Kriege und insbesondere unmittelbar nach dem Kriege gegenüber dem Lebenskampf unseres Volkes als zweideutig oder gar als feindlich. Hinzu kam, daß die Juden seit dem Umsturz von 1918 dank ihrer guten Beziehungen zu den marxistischen Parteien eine unverhältnismäßig große Zahl von öffentlichen Ämtern und anderen Stellen errangen, die für das öffentliche Leben bedeutsam sind. (Hierbei sei eingeschaltet, daß die Parlamentsabgeordneten der marxistischen Parteien allergrößtenteils aus der Kirche ausgetreten waren und diese Parteien zu den Organisationen der Freidenker enge Beziehungen und zahlreiche Personalverbindungen besaßen). Dazu kam weiterhin, daß die Regierungen seit 1918 die Ostgrenzen für die jüdische Einwanderung weit öffneten und zahllose kulturell minderwertige Ostjuden sich in Deutschland niederlassen konnten oder gar das deutsche Bürgerrecht erhielten. Hand in Hand damit ging das jüdische Vordringen in Wissenschaft, Presse und Literatur, in Theater und Film, während vielfach deutsche Gelehrte und Künstler in den Hintergrund gedrängt wurden. [...]

- Nicht nur das Bewußtsein von dem prozentualen Mißverhältnis zwischen der Gesamtzahl der Juden in Deutschland und der Zahl der von ihnen innegehabten bedeutenden Stellen förderte die Erregung im Volke; vielmehr drang im Volke die Erkenntnis durch, daß der jüdische Geist besonders in Literatur, Theater und Film christliche Religion und Sitte, Familienleben und Volkstum, schließlich alle die Bindungen untergrub, ohne die eine Erhaltung des Volkstums und des Staates nicht möglich ist. Nicht deutlich genug kann insbesondere die Bedrohung der christlichen Kultur betont werden, die sich hier unter dem Schutze der Geistesfreiheit vollzog. [...]



Name: _____

- 75 All dies hat nicht nur den im Volke latent³ vorhandenen antisemitischen Stimmungen zum Durchbruch verholfen, sondern zwang auch den ruhiger Denkenden zu der Einsicht, daß etwas geschehen müsse zur Abwehr der unserem Volkstum je länger desto mehr drohenden Gefahr. [...]

- 80 Zusammenfassend sei festgestellt, daß es sich gegenwärtig in Deutschland nicht um eine „Judenverfolgung“ mit dem Ziel wirtschaftlicher und persönlicher Vernichtung handelt, vielmehr, abgesehen von dem Boykott, der als einmaliger Akt und als Abwehrmaßnahme anzusehen ist, im wesentlichen um eine gesetzliche Reduzierung des nach dem Weltkriege übermäßig gewordenen Anteils des jüdischen Elements an öffentlichen oder öffentlich bedeutsamen Stellungen. Trotz dieser Reduzierung dürfte aber nicht überall der dem Bevölkerungs-
85 verhältnis entsprechende Anteil hergestellt werden. Die Maßregel zeigt prinzipiell den Charakter einer Schutzmaßnahme zur Sicherung des deutschen Volkes. *Ein Kampf gegen die jüdische Religion oder die freie Ausübung des jüdischen Kults findet überhaupt nicht statt.* [...]

(Rechtschreibung, Zeichensetzung und Hervorhebungen entsprechen der Vorlage.)

³ versteckt, nicht offenkundig

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

1. Aufgabenart

Bearbeitung einer Quelle mit gegliederter Aufgabenstellung

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. Erläutern Sie wesentliche Hintergründe, deren Kenntnis für eine Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Autors zu Ursachen und Ausgestaltung der mit der nationalsozialistischen Machtübernahme einhergehenden Veränderungen 1933 erforderlich ist. *(36 Punkte)*
3. Setzen Sie sich mit den Einschätzungen des Autors zu Ursachen und Rechtmäßigkeit der „nationalen Regeneration“ sowie mit seinen Aussagen zur Rolle von Kommunisten und Juden umfassend auseinander. *(24 Punkte)*

3. Materialgrundlage

- Hans Wahl: Memorandum über die gegenwärtige Lage in Deutschland, insbesondere über die Judenfrage, 7. Juni 1933. In: Armin Boyens: Kirchenkampf und Ökumene 1933 – 1939. Darstellung und Dokumente. München 1969, S. 299 ff.

4. Bezüge zu den Vorgaben 2011

1. *Inhaltliche Schwerpunkte*
 - Macht- und Herrschaftsstrukturen am Ende des Rechts- und Verfassungsstaates in Deutschland 1933/34
 - Das Scheitern der Weimarer Republik (politische, ökonomische, gesellschaftliche Ursachen)
 - Machtübernahme der Nationalsozialisten (Aufbau und Organisation des Führerstaates, Gleichschaltung, Rassenpolitik)
 - Anpassung und Widerstand
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	nennt den Autor (Oberkonsistorialrat Hans Wahl), die Form der Quelle (Denkschrift/Memorandum), den Zeitpunkt des Erscheinens (07.06.1933), die Adressaten (verschiedene Kirchen, kirchliche Stellen und Personen im Ausland) und die Quellenart (Primärquelle).	2
2	nennt als Thema des Textes in etwa: Die Beurteilung der aktuellen politischen Lage und der gesellschaftlichen Rolle von Kommunisten und Juden in Deutschland.	2
3	formuliert als Kernaussage des Autors, dass Deutschland sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auf einem guten, die Belastungen aus der Weimarer Republik überwindenden Weg befinde, vor allem weil die nationalsozialistische Regierung dabei sei, die vom Kommunismus und vom Judentum ausgehenden Bedrohungen abzubauen.	2
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, sinngemäß in folgender Weise wieder: Wahl • begrüßt die nationalsozialistische Machtergreifung als gewaltlose, auf legalem Vorgehen basierende Revolution im positiven Sinne, • bewertet die Strukturen der Weimarer Republik überwiegend als gefährlich und sieht in diesen Gefahren die wesentliche Ursache für die Notwendigkeit einer innen- und außenpolitische Verbesserung der deutschen Lage durch die nationalsozialistische Regierung auf der Basis der Wiederbelebung konservativer Werte, • befürwortet (auch gewalttätige) Maßnahmen gegen Kommunisten als notwendig und begründet dies mit der Behauptung, von ihnen gehe eine große Gefahr für Staat und Kirche aus, • behauptet eine fortlaufende Zuspitzung der schon vorher virulenten Judenfrage mit Beginn der Weimarer Republik, • bilanziert, dass die Juden eine Gefahr für das deutsche Volk darstellen würden, und begründet dies u. a. mit ihrem unverhältnismäßig hohen Anteil an der Ausübung öffentlicher Ämter, • betont zusammenfassend, dass eine Judenverfolgung gegenwärtig nicht stattfindet und rechtfertigt Boykottmaßnahmen mit der notwendigen Reduzierung des zu großen Anteils der Juden an öffentlich bedeutsamen Stellen.	4

5	gibt (in Verbindung mit dem Gedankengang) die Hauptaussagen des Textes strukturiert wieder: • In Deutschland vollziehe sich seit dem 30.01.1933 eine Revolution bzw. eine nationale Regeneration im positiven Sinne. Dabei seien die Machtergreifung und die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes mit einer Zweidrittelmehrheit auf legalem Weg erfolgt. • Die durch liberal-marxistische Ideen gekennzeichnete Weimarer Verfassung habe nicht zu positiven Entwicklungen für das Volk geführt und Gegensätze nicht ausgleichen können. Die Ursache der nationalsozialistischen Bewegung liege in der Notwendigkeit der Überwindung dieser Schwächen. Nach zwei Jahrzehnten des Verfalls werde der nationalsozialistischen Regierung durch Wiederbelebung alter Tugenden wie Zucht und Ordnung die Konsolidierung der Verhältnisse im Inneren und damit auch eine starke und friedliche Weltpolitik gelingen. • Der Regierung sei die Überwindung des Kommunismus, der eine massive Gefahr für Kirche und Staat darstelle, gelungen. Auch wenn bedauerliche Gewaltakte gegenüber politischen Gegnern vorgekommen seien, so sei das Vorgehen insgesamt zu begrüßen und im Sinne der Kirchen erfolgt. • Besonders seit dem ersten Weltkrieg seien die Juden aus verschiedenen Gründen für das deutsche Volk bedrohlich: – Die Haltung der Juden im Krieg und nach Kriegsende sei von vielen Deutschen als feindlich empfunden worden. – Aufgrund ihrer Beziehungen zu marxistischen Parteien würden unverhältnismäßig viele Juden öffentliche Ämter bekleiden. – Zu viele „kulturell minderwertige Ostjuden“ seien nach Deutschland eingewandert und hätten das Bürgerrecht erhalten. – In Wissenschaft und Kultur hätten Juden deutsche Gelehrte und Künstler in den Hintergrund gedrängt. • Die überproportionale Präsenz der Juden stelle eine drohende Gefahr für das deutsche Volkstum und die christliche Kultur dar, welche abgewehrt werden müsse. • Eine „Judenverfolgung“ mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und persönlichen Vernichtung der Juden finde gegenwärtig nicht statt, sondern lediglich eine gesetzliche Reduzierung des übermäßigen Anteils der Juden an bedeutsamen öffentlichen Ämtern, ohne dass die Freiheit der jüdischen Religionsausübung dadurch beeinträchtigt werde.	10
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert wesentliche Hintergründe, deren Kenntnis für eine Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Autors zu Ursachen und Ausgestaltung der mit der national-sozialistischen Machtübernahme einhergehenden Veränderungen 1933 erforderlich ist; er stellt mit folgenden Punkten einen Zusammenhang her:	
1	mit wesentlichen Kennzeichen der Weimarer Republik, da nach Wahls Auffassung in den von ihren Strukturen ausgehenden negativen Entwicklungen eine wesentliche Ursache der nationalsozialistischen Bewegung liege; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • den Versuch einer Verankerung liberaler und pluralistischer Grundsätze nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Ablösung des autoritär strukturierten Kaiserreichs durch eine neue, Meinungsvielfalt zulassende Staatsform, wie z. B. die Repräsentanz eines breiten Meinungsspektrums im Reichstag durch die Wahl der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht zeigt, • die Inkraftsetzung einer demokratischen Verfassung mit Gewaltenteilung und Wahl aller politischen Funktionsträger durch Männer und Frauen als zentralen Elementen der Machtkontrolle, • die Tatsache, dass es den Politikern in der Weimarer Republik gelungen ist, trotz der äußerst schwierigen Situation nach der Niederlage im 1. Weltkrieg eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung zwischen 1924 und 1929 zu erreichen, • die Tatsache, dass die Bildung tragfähiger Mehrheiten allerdings schwierig war, weil der Staat auch solchen Parteien und Verbänden gegenüber Toleranz zeigte, die nicht auf dem Boden der demokratischen Verfassung standen, • die Tatsache, dass sich im Zuge der gesellschaftlichen Liberalisierung in den „goldenen Zwanzigern“ besonders im großstädtischen Milieu eine kulturelle Vielfalt entwickeln konnte, die u. a. traditionelle Vorstellungen von „Zucht und Ordnung“ in Frage stellte, • die Tatsache, dass es den Politikern der Weimarer Republik trotz der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gelungen ist, durch eine diplomatische Außenpolitik in die Völkergemeinschaft zurückzukehren und auf dem Verhandlungswege eine deutliche Reduzierung der ursprünglich geforderten Reparationsforderungen zu erreichen, • die Tatsache, dass die Umsetzung der in der Weimarer Verfassung verankerten demokratischen und liberalen Grundsätze u. a. durch das Weiterwirken monarchistischer Traditionen aus dem Kaiserreich sowie durch antidemokratische und antisemitische Strömungen stark beeinträchtigt worden ist.	8

2	mit der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten und mit dem Ausbau ihrer Machtstellung, da der Autor diesen Prozess als „nationale Regeneration“ begrüßt; er berücksichtigt mindestens vier Aspekte, z. B.: • die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg am 30. Januar 1933, • die Auflösung des Reichstags durch v. Hindenburg auf Druck der neuen Koalitionsregierung mit dem Ziel, der NSDAP durch Neuwahl eine absolute Mehrheit zu ermöglichen, und die Durchführung der Wahl am 5. März 1933, • den „Tag von Potsdam“ als Versuch der Nationalsozialisten, durch öffentlich inszenierten Schulterschluss mit den bürgerlichen Eliten Anerkennung als mit diesen vergleichbare, legitime gesellschaftliche Kraft zu erreichen, • die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 mit Zweidrittelmehrheit nach einer Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags ohne Beteiligung der bereits verhafteten Abgeordneten der KPD und Teilen der SPD-Abgeordneten – gegen die Stimmen der anwesenden SPD-Mitglieder, • die Tatsache, dass die nationalsozialistische Regierung durch die mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes herbeigeführte Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive Gesetze, selbst solche verfassungsändernden Inhalts, verabschieden konnte, • die Errichtung des Einparteiensstaats durch das sukzessive Verbot aller Parteien außer der NSDAP und durch die Verschmelzung von Partei und Staat.	10
3	mit staatlichen Maßnahmen zur Ausschaltung politischer Gegner der Nationalsozialisten, vor allem von Kommunisten und Juden, mit dem Ziel, eine nationale Neuordnung des Volkslebens durch Gleichschaltung zu erreichen, da der Autor sich auf Teile dieses Prozesses bezieht; er berücksichtigt mindestens vier Aspekte, z. B.: • die, Übergriffe auf den Einzelnen ermöglichende, Außerkraftsetzung der Grundrechte durch den Erlass der Reichstagsbrandverordnung, z. B.: Freiheit der Person, Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Post- und Telefongeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums, • Ausschaltung und Terrorisierung vieler Oppositioneller, vor allem aus dem linken politischen Spektrum, und Erschwerung der politischen Arbeit mittels der Willkürmaßnahmen infolge der Brandverordnung, z. B.: Beginn der „Säuberungen“ im öffentlichen Dienst, Verbot von Zeitungen, „Schutzhaft“, Errichtung von Konzentrationslagern durch die SA, • die vor allem gegen die links orientierte Arbeiterbewegung gerichtete gewaltsame Zerschlagung der Gewerkschaften am 02.05.1933 und ihre Ersetzung durch die, jede Interessenskollision zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern negierende Deutsche Arbeitsfront, • die Aufhebung individueller Freiheitsspielräume durch eine fast lückenlose Überwachung der Bevölkerung durch den Sicherheitsdienst (SD) und die Geheime Staatspolizei (Gestapo), • die Entfernung jüdischer Beamter aus dem Staatsdienst durch das von der Regierung erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, • den „Boykott-Tag“ vom 01.04.1933 als erste öffentliche antijüdische Aktion und das Verbot jüdischer Zeitungen und Vereinigungen, • die Berufsverbote für ‚nichtarische‘ Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, Bücherverbrennungen und die beginnende Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben.	10

4	mit der Verbreitung ideologischer Behauptungen durch die Nationalsozialisten als Bestandteil der „nationalen Regeneration“, da der Autor sich ihrer zum Teil bedient; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • die im Sozialdarwinismus wurzelnde Behauptung von der Existenz einer überlegenen ‚arischen‘ Rasse und ihres Auftrags, sich im ‚Kampf ums Dasein‘ durchsetzen zu müssen, • die Behauptung von der Minderwertigkeit einer ‚jüdischen Rasse‘, die als angeblich parasitäre Existenz das ‚arische‘ deutsche Volk existenziell bedrohe und die es deshalb zu bekämpfen gelte, • die Behauptungen von der Existenz einer jüdischen Weltverschwörung und von der Bedrohung Deutschlands durch Kommunismus und Bolschewismus, • die Postulierung einer Volksgemeinschaft, die die Einheit von Volk und Führer verkörpere, womit sich jegliche Form einer demokratischen Machtkontrolle erübrige, • die Verbreitung der Vorstellung von einem Führerprinzip, das unbedingte Treue und Gehorsam gegenüber Hitler erfordere und mit dem Anspruch auf liberale Freiheitsrechte des Einzelnen nicht vereinbar sei.	8
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	setzt sich mit den Einschätzungen des Autors zu Ursachen und Rechtmäßigkeit der „nationalen Regeneration“ ab 1933 sowie mit seinen Aussagen zur Rolle von Kommunisten und Juden umfassend auseinander, indem er folgende Überlegungen in seine Argumentation aufnimmt:	
1	die Frage nach der Angemessenheit und der sachlichen Richtigkeit der Behauptung Wahls, es handele sich um eine gewaltlose, legale Umgestaltung des unter den Folgen einer zweifelhaften Verfassung leidenden deutschen Staates, die die Situation nach 20 Jahren existenzieller Bedrohung endlich im Hinblick auf eine bessere Zukunft für das deutsche Volk stabilisiere; er berücksichtigt mindestens fünf Aspekte, z. B.: • die Fragwürdigkeit der Bewertung der Weimarer Verfassung durch den Autor als durch liberale und marxistische Ideen negativ geprägtes Regelwerk, von dem Unheil für den Staat ausgegangen sei, angesichts der Tatsache, dass diese Verfassung darauf zielte, Freiheitsspielräume für den Einzelnen, Meinungsvielfalt und umfassende Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu sichern, • die Fragwürdigkeit der Aussage Wahls, nur durch eine starke Regierung der Nationalsozialisten könnten die vielschichtigen Krisen beseitigt werden, obwohl die Regierungen der Weimarer Republik zahlreiche Krisen überwinden, den Staat zwischen 1924 und 1929 konsolidieren konnten und beachtliche außenpolitische Erfolge erzielten, • die Fragwürdigkeit der Tatsache, dass Wahl auf die in der Weimarer Republik bestehenden Gegensätze nicht mit der Forderung nach Intensivierung der demokratischen Kultur und nach wirkungsvollem Schutz der demokratischen Verfassung, sondern mit der Rechtfertigung einer nationalistischen demokratiefeindlichen Bewegung reagiert, • die Fragwürdigkeit des Versuchs Wahls, mit der Behauptung, das deutsche Volk kämpfe seit 20 Jahren um sein Leben, die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Machtübernahme zu legitimieren – angesichts der Tatsache, dass eine Destabilisierung der Demokratie in der Weimarer Republik vor allem von einflussreichen antidemokratischen und antisemitischen Gruppen ausgegangen ist,	12

	• die Überlegung, dass die Art und Weise der Einsetzung Hitlers als Reichskanzler zwar dem Wortlaut der Verfassung nicht widersprach, dass aber die Tatsache, dass es sich um ein weiteres Präsidialkabinett handelte, das sich in starkem Maße auf Notverordnungen des Reichspräsidenten und nicht auf das Parlament stützte, nicht dem demokratischen Geist der Weimarer Verfassung entsprach, • die Überlegung, dass die Neuwahl des Reichstags Anfang März 1933 zwar dem Ziel diene, den Nationalsozialisten auf scheinbar legale Weise durch demokratische Wahlen die absolute Mehrheit zu verschaffen, dass aber illegalen Manipulationen und der Ausübung politischen Drucks Tür und Tor geöffnet waren, so dass es sich, anders als Wahl suggeriert, nicht mehr um wirklich freie Wahlen handelte, • die Überlegung, dass bis auf die SPD zwar tatsächlich alle anwesenden Parteien im Reichstag ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gegeben haben, dass die angebliche Zweidrittel-Mehrheit aber, anders als Wahl es behauptet, nicht auf legale Weise, sondern mit fragwürdigen Mitteln, vor allem mit Gewalt gegen linke Abgeordnete, erreicht worden ist, • die Überlegung, dass die Außerkraftsetzung der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive durch das Ermächtigungsgesetz nicht zu einer positiven Entwicklung beitrug, wie Wahl suggeriert, sondern der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur den Weg ebnete, • die Überlegung, dass die Nationalsozialisten, anders als Wahl behauptet, schon vor ihrer Machtübernahme, erst recht aber danach den Einsatz von Gewalt und Terror zum festen Bestandteil ihres Vorgehens gemacht haben, so dass mit der „nationalen Regeneration“ keine Konsolidierung der Verhältnisse im Sinne des Gemeinwohls einherging.	
2	die Frage nach der Angemessenheit der Einschätzungen des Autors im Hinblick auf Juden und Kommunisten und seiner Rechtfertigung des staatlichen Vorgehens gegen sie mit der Behauptung, von ihnen gehe eine ernsthafte Bedrohung für den deutschen Staat aus; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • die Überlegung, dass keine ernsthafte Gefahr einer erfolgreichen kommunistischen Machtübernahme bestand, wie die Wahlergebnisse für die KPD z. B. ebenso zeigen wie fehlende Indizien für eine ausreichende Massenbasis für eine revolutionäre Erhebung, • die Überlegung, dass der Kommunismus zwar in der Tat eine antireligiöse bzw. eine antikirchliche Ausrichtung hatte, dass es aber keine Indizien dafür gibt, dass die KPD in Deutschland eine konkrete Bedrohung für die Kirchen darstellte, • die fragwürdige Vorstellung Wahls, dass von den Juden eine gesellschaftliche Bedrohung ausgehe, die offenbar nicht auf Fakten sondern auf von der NS-Ideologie aufgegriffenen antisemitischen Stereotypen beruhte, sowie seine, Religionszugehörigkeit und Nationalität vermischende, Gegenüberstellung von Juden einerseits und Deutschen andererseits, • die fragwürdige, empirisch nicht zu belegende, sondern eher Verschwörungstheorien bedienende Behauptung Wahls, dass zahlreiche Juden in enger Beziehung zu marxistischen Parteien gestanden und in für das deutsche Volk gefährlich überproportionaler Weise öffentliche Ämter innegehabt hätten, • die Fragwürdigkeit der – trotz vorsichtiger Relativierungen – insgesamt schonungslos diffamierenden Bewertungen des Autors im Hinblick auf Juden und Kommunisten, ihre Einschätzung als „minderwertig“ und seine fehlende Bereitschaft, ihnen uneingeschränkt Menschenwürde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit zuzubilligen, • die Fragwürdigkeit der Beurteilung des Autors, das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen politische Gegner sei erforderlich und „selbstverständlich [...] nicht frei von Härten“ und eine „Judenverfolgung“ gebe es derzeit nicht, angesichts der Willkürmaßnahmen und des politischen Terrors sowie der eklatanten Missachtung der Menschenrechte ab 1933.	8

3	formuliert ein bewertendes Fazit, in dem er berücksichtigt, dass die Aussagen Wahls zu den Veränderungen ab 1933 in Deutschland im Hinblick auf den Verlust demokratischer und liberaler Werte und Strukturen beschönigend und verharmlosend sind und seine Vorstellungen von Juden und Kommunisten zum größten Teil falsch und mit Vorurteilen durchsetzt – dass das Memorandum somit im Dienst der Nationalsozialisten steht.	4
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	nennt den Autor ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	2			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt (in Verbindung ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	20			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert wesentliche Hintergründe ...				
1	mit wesentlichen Kennzeichen ...	8			
2	mit der Machtübertragung ...	10			
3	mit staatlichen Maßnahmen ...	10			
4	mit der Verbreitung ...	8			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	setzt sich mit ...				
1	die Frage nach ...	12			
2	die Frage nach ...	8			
3	formuliert ein bewertendes ...	4			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktschme resultierende Note				
	Note ggf. unter Absenkung um ein bis zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktschmen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 39
mangelhaft plus	3	38 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. Erläutern Sie die Ausführungen des Autors im Kontext der deutschen Teilung nach dem 2. Weltkrieg sowie der Überwindung des Kalten Krieges und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Strukturen in der DDR bis November 1989. *(36 Punkte)*
3. Prüfen Sie die Prognosen Sommers im Hinblick auf die weiteren Entwicklungen der beiden deutschen Staaten und auf das Verhalten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs anhand der tatsächlichen Entwicklungen nach dem Erscheinen des Artikels. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Theo Sommer: Der alten Garde letzter Aufmarsch. Nach Knüppeln und Kartätschen-Drohung: Beginnt nun doch der Dialog? In: Die Zeit, 13.10.1989, Nr. 42

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Auszug aus einem Leitartikel Theo Sommers vom 13.10.1989 in der Wochenzeitung „Die Zeit“:

Der alten Garde letzter Aufmarsch

Nach Knüppeln und Kartätschen¹-Drohung: Beginnt nun doch der Dialog?

Ein Jubelfest hätte die Vierzigjahrfeier der DDR werden sollen, doch sie wurde etwas ganz anderes: fast ein Requiem². [...]

Die Staatsmacht demonstrierte noch einmal Stärke, Rechthaberei, Unbeweglichkeit: Schlagstöcke und Schäferhunde, Sperrgitter und Stasi-Kordons³ schotteten die Welt der Herrschenden von jener der Aufbegehrenden ab. Das eigene Volk und die westlichen Besucher mußten von den Jubelfeiern ausgeschlossen werden; was an Applaus laut wurde, war die pflichtgemäße Hervorbringung dazu abkommandierter Jubelkolonnen. Wie den Menschen in der DDR wirklich zumute war, das zeigte sich in den spontanen Demonstrationen, die Abend für Abend Zigtausende auf die Straße brachten. [...]

10 Traum vom „dritten Weg“

Nicht nur auf den Straßen schaffte sich der Unmut Luft. Schauspieler und Opern-Ensembles, Rockmusiker, Schriftsteller und Künstler verlangten Dialog, Öffnung, Reform. Die Kirche, die seit längerem auf Wandel drängt, ist nicht mehr die einzige Institution, die ausspricht, was die Menschen umtreibt. Sechs oder sieben Reformgruppen agieren ohne Furcht, darunter auch eine neu formierte sozialdemokratische Partei. Das Neue Forum, die größte der Gruppen, hat 11 000 Unterschriften gesammelt. In den Blockparteien rührt sich schon seit einiger Zeit Widerspruchsgeist, aber selbst in der SED rumort es nun [...]

Die gleichen Gedanken durchziehen alle Reform-Manifeste der letzten Wochen. Die DDR muß sich den vorhandenen Widersprüchen stellen, die Obrigkeit die Mündigkeit des Bürgers respektieren. Schluß mit der Geheimniskrämerei. Weg mit Wahlverfahren, die dem Wählerwillen widersprechen: freie Wahlen. Staat und Gesellschaft sollen demokratisch umgestaltet, die Menschenrechte durchgesetzt werden; Informationsfreiheit („Information ist Bürgerrecht und Staatspflicht“), Meinungsfreiheit („Widerrede⁴ ist nicht Widerstand“), Reisefreiheit einschließlich Ausreisefreiheit. Wirtschaftliche Reformen sind dringlich: Dezentralisierung, Freisetzung der persönlichen Initiative, Teilhabe statt Bevormundung – darauf laufen sämtliche Skizzen einer ostdeutschen Perestrojka hinaus.

Es fällt auf, daß ein Ziel nirgends erwähnt ist: die Wiedervereinigung. Die intellektuellen, kirchlichen und parteipolitischen Wortführer der Reform wollen die DDR nicht abschaffen, sondern sie verändern. Die deutsche Zweistaatlichkeit nehmen sie als Gegebenheit hin, die meisten sogar mit billigendem Unterton. Die kapitalistische Bundesrepublik ist nicht ihr Vorbild; sie träumen noch einmal den Traum vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, vom

¹ Schrotladung

² Totenmesse

³ Absperrung, Sperrgürtel

⁴ Gegenrede



Name: _____

„dritten Weg“, vom prosperierenden Kommunismus. Reform, rasche Reform gilt beispielsweise den Unterhaltungskünstlern auch als Mittel gegen den Wiedervereinigungsdruck: „Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen“.

- 35 Es mag sein, daß diese Sicht von der Mehrheit der DDR-Bürger nicht geteilt wird. Wer daran zweifelt, daß die Führung je wirkliche Reformen zulassen wird, der klammert sich wohl an den Gedanken der deutschen Einheit; der Anschluß wird ihm zum Ersatz für die Auswanderung. In der Tat ist ein dialektischer⁵ Zusammenhang zwischen Reformverweigerung und Einheitsverlangen nicht zu leugnen: Je weniger Reform das SED-Politbüro gestattet, desto
40 kräftiger werden sich enttäuschte Hoffnungen in Fluchtversuchen und Wiedervereinigungsstreben Luft machen.

Desto lauter auch wird der Ruf nach Einheit in der Bundesrepublik wieder werden. Solange der Anschluß der DDR an den westdeutschen Staat als einzige Möglichkeit erscheint, jenseits der Elbe freiheitliche Zustände zu schaffen, ist das Pochen auf die Einheit nur folgerichtig.

- 45 Doch gilt zugleich der Umkehrschluß: Wenn die Reform erst einmal läuft, wird der Drang zur Einheit nachlassen.

Das Für und Wider des Vorhabens, achtzig Millionen Deutsche wieder in einem Staat zu vereinen, wird dann ohne akute Herzensnot erörtert werden können. Andere Erwägungen werden Vorrang gewinnen, zumal Überlegungen über die Wirkung einer kritischen Masse
50 Gesamtdeutschland auf das prekäre⁶ europäische Gleichgewicht. Und andere Modelle deutschen Zusammenlebens als das des Bismarckschen Einheitsstaates werden sich wieder in den Vordergrund schieben, losere Konstruktionen; Zusammenwirken statt Zusammenschluß; deutsche Zweistaatlichkeit unter einem europäischen Dach, wie immer dessen Unterbau aussehen mag, das allen Freiheit verbürgt.

- 55 Aber bis dahin wird viel Zeit ins geteilte Land gehen. Gewiß, das Tempo des Wandels in Osteuropa hat alle überrascht, und wenn sich erst einmal der Wille zur Reform in der DDR Geltung verschafft, mag sich auch dort manches schneller vollziehen, als es heute vorstellbar erscheint. Doch sollte man die Schwierigkeiten nicht unterschätzen. Die Polen haben fast zehn Jahre gebraucht, bis sie die Vorherrschaft der kommunistischen Partei brechen konnten;
60 in Ungarn hat es vier Jahre gedauert; in der Sowjetunion ist die Entwicklung dahin noch umstritten, jedenfalls noch nicht abgeschlossen.[...] Die DDR steht in dieser Hinsicht erst ganz am Anfang.

Die deutsche Einheit hat im Ausland wenige beherzte Fürsprecher. Die Siegermächte waschen sich ihre Hände in Unschuld, trotz ihrer Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“. Einer
65 nach dem anderen erklären sie jetzt, die deutsche Frage sei eine Frage der Deutschen, erst Mitterrand, dann Bush, zuletzt auch Gorbatschow; Margaret Thatcher hat gegenwärtig brennendere Sorgen, wird es aber wohl mit ihrem Amtsvorgänger Heath halten, wonach man gut für die Wiedervereinigung sein konnte, solange es keine Aussicht darauf gab. [...]

⁵ dialektisch: *hier*: durch gegensätzliche Entwicklung gekennzeichnet

⁶ prekär: heikel



Name: _____

- Reformen allerdings — dafür sind alle, auch Gorbatschow. Er hat gegenüber Honecker aus
70 seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. – „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“,
sagte er zu den „Entwicklungsproblemen“ der DDR. Und nach den Bruderküssen steckte er
Honecker sein Reform-Rezept hinter den Spiegel: „Demokratisierung, Offenheit, Rechts-
staatlichkeit, freie Entwicklung aller Völker, menschenwürdige Entwicklung aller Bürger.“
Zwar will der Kremlherr sich aus den inneren Angelegenheiten des SED-Staates heraushal-
75 ten: „Die Fragen, die die DDR betreffen, werden nicht in Moskau, sondern in Berlin beant-
wortet.“ Aber er hat keinen Zweifel daran gelassen, wo er steht. Den Neuerern in Honeckers
Schatten muß das eine Ermutigung sein.

Überrollt von freieren Geistern

- [...] Die deutsche Frage, die heute auf der Tagesordnung steht, ist nicht die Frage der Wie-
80 dervereinigung, es ist die Frage der Reform in der DDR. Erich Honecker wehrt sich alters-
starr [...]. Er hätte sich einen nobleren Abgang verschaffen können, wäre er selber an die
Spitze der Reformbewegung getreten. So wird er überrollt werden von freieren Geistern.
Der Dialog, den die Obrigkeit in Dresden und Leipzig mit den Reformgruppen führt, mag
ein Vorbote des Kommenden sein.
- 85 Der andere deutsche Staat wird so schnell nicht verschwinden, aber er wird ein anderer wer-
den. Das Jubelfest zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung war der letzte Aufmarsch der alten
Garde. Sie ergibt sich nicht, aber sie stirbt. Bald wird das Requiem fällig.

Anmerkungen:

Theo Sommer (geb.1930): Journalist, seit 1958 tätig für die Wochenzeitung „Die Zeit“, bis 1973 zunächst als
politischer Redakteur, dann bis 1992 als Chefredakteur und bis 2000 als Mitherausgeber.

(Rechtschreibung und Zeichensetzung entsprechen der Vorlage.)

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2011

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

1. Aufgabenart

Bearbeitung einer Quelle mit gegliederter Aufgabenstellung

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie den Gedankengang und die Hauptaussagen des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(20 Punkte)*
2. Erläutern Sie die Ausführungen des Autors im Kontext der deutschen Teilung nach dem 2. Weltkrieg sowie der Überwindung des Kalten Krieges und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Strukturen in der DDR bis November 1989. *(36 Punkte)*
3. Prüfen Sie die Prognosen Sommers im Hinblick auf die weiteren Entwicklungen der beiden deutschen Staaten und auf das Verhalten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs anhand der tatsächlichen Entwicklungen nach dem Erscheinen des Artikels. *(24 Punkte)*

3. Materialgrundlage

- Theo Sommer: Der alten Garde letzter Aufmarsch. Nach Knüppeln und Kartätschen-Drohung: Beginnt nun doch der Dialog? In: Die Zeit, 13.10.1989, Nr. 42

4. Bezüge zu den Vorgaben 2011

1. *Inhaltliche Schwerpunkte*
 - Politische Partizipation nach dem 2. Weltkrieg
 - Teilung Deutschlands und Europas nach 1945 (Blockbildung)
 - Grundzüge der Entwicklung der beiden deutschen Staaten (1949 – 1989)
 - Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/1990
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Muttersprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	nennt den Verfasser (Theo Sommer, Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“), die Form der Quelle (Auszug aus einem Leitartikel der Wochenzeitung „Die Zeit“), die Adressaten (politisch interessierte Leser), den Entstehungszeitpunkt (13.10.1989) und die Quellenart (Primärquelle).	2
2	nennt als Thema des Artikels in etwa: Überlegungen des Autors zur Situation und zu weiteren Entwicklungsperspektiven der DDR.	2
3	arbeitet als Kernaussage heraus, dass es hinsichtlich der DDR nicht um Wiedervereinigung gehe, sondern dass sie als eigenständiger, reformierter Staat überleben werde, wenn nach dem Abtreten der bisherigen Führung die Forderungen der Bürger nach demokratischer Umgestaltung umgesetzt würden.	2
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, sinngemäß in folgender Weise wieder: Theo Sommer • kritisiert die Haltung der DDR-Staatsmacht anlässlich der Vierzigjahrfeier der DDR und stellt der offiziellen Jubelstimmung die tatsächliche, durch außergewöhnliche Massenproteste geprägte Situation gegenüber, • verortet die Reformgruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und betont die Berechtigung ihrer Forderungen nach einer demokratischen, liberalen und wirtschaftlichen Umgestaltung, • hebt hervor, dass unter den Zielsetzungen der verschiedenen Reformprogramme die Wiedervereinigung keine zentrale Rolle spiele, • konstatiert, dass das Verlangen nach Wiedervereinigung um so stärker sei, je stärker die DDR-Führung Reformen verweigere, • skizziert unter der Annahme eines langen, kontinuierlichen Reformprozesses in der DDR wahrscheinlichere Alternativen zur Wiedervereinigung, • verweist dabei auf die reservierte Haltung der Siegermächte in der Frage eines neuen Gesamtdeutschland, • prognostiziert angesichts des Eintretens Gorbatschows für demokratische und liberale Reformen die Ausschaltung der bisherigen DDR-Führung, aber ein Weiterbestehen der DDR im neuen Gewand.	4

5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem Gedankengang strukturiert wieder (die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punktteile ausweisen zu können): • Bei den Feiern zum 40-jährigen Bestehen der DDR habe die DDR-Führung die offiziellen Feierlichkeiten von der demonstrierenden Bevölkerung abgeschottet und sich damit unbeweglich gezeigt. Die allabendlichen massenhaften Demonstrationen hätten jedoch den pflichtgemäßen Jubel der dazu extra abkommandierten Gruppen Lügen gestraft. • Neben der Kirche drängten nun auch neu gegründete Reformgruppen in Intellektuellen- und Künstlerkreisen offen auf Veränderung. In neuen politischen Gruppierungen, in den Blockparteien und sogar in der SED zeigten sich ebenfalls kritische Stimmen. Die Zielsetzungen der verschiedenen Reformgruppen, unter denen das Neue Forum die größte sei, seien übereinstimmend auf den demokratischen Umbau der DDR mit der Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftlichen Reformen ausgerichtet. Die DDR-Obrigkeit müsse sich diesen Ansprüchen des mündigen Bürgers stellen. • Auffällig sei, dass die Forderungen der Protestgruppen sich nicht auf die Abschaffung der DDR in Form einer Wiedervereinigung richteten. Die Zweistaatlichkeit werde akzeptiert und für die DDR ein „dritter Weg“ als Alternative zur kapitalistischen BRD anvisiert, auch wenn für die Mehrheit der DDR-Bürger möglicherweise der Wunsch nach einer Vereinigung der beiden Staaten im Vordergrund stehe. • Zweifel an der Reformfähigkeit der SED-Spitze könnten allerdings dazu führen, dass die deutsche Einheit zum Rettungsanker werde. Umgekehrt gelte aber auch, dass der Drang zur Einheit nachlassen werde, wenn in der DDR Reformen durchgesetzt werden können. • Es sei zu erwarten, dass über längere Zeiträume hinweg Alternativen in Form eines lockeren Zusammenwirkens unter einem europäischen Dach überlegt werden – auch angesichts der problematischen Auswirkungen eines vereinigten Deutschlands auf das empfindliche europäische Gleichgewicht, aber auch als Alternative zum Einheitsstaat Bismarck'scher Prägung. • Die Wiedervereinigung habe im Ausland nur wenige Befürworter, die Siegermächte hielten sich trotz ihrer Zuständigkeit für „Deutschland als Ganzes“ bislang zurück. • Gorbatschow habe Honecker sein eigenes, auf Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zielendes Reformkonzept mit auf den Weg gegeben, was den kritischen Stimmen in seinem Umfeld Auftrieb geben müsse. Derzeit stehe nicht die Frage der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung, sondern die Frage der Reformen in der DDR. Honecker und die alte Garde würden von der Entwicklung überrollt werden. Die DDR jedoch werde nicht so schnell verschwinden, sondern in reformierter Gestalt weiter existieren.	10
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert die Ausführungen des Autors im Kontext der deutschen Teilung nach dem 2. Weltkrieg sowie der Überwindung des Kalten Krieges und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Strukturen in der DDR bis November 1989, indem er folgende Sachverhalte berücksichtigt:	
1	die 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation und nach der Übernahme der uneingeschränkten Regierungsgewalt durch die Siegermächte von diesen in Potsdam festgelegte gemeinsame Zuständigkeit für alle „Deutschland als Ganzes“ betreffenden Angelegenheiten, die der Autor anspricht.	4
2	die Hintergründe für die Bildung zweier deutscher Staaten 1949 und die sich daraus ergebende deutsche Teilung bis 1989/90; er berücksichtigt mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die mit dem Zerfall der Kriegscoalition verbundene Spaltung der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Machtblöcke mit konträren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen, • das Auseinanderleben der unter dieser Prämisse gegründeten beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Strukturen und ihrer jeweiligen Zugehörigkeit zu einem der Blöcke, • die Abkapselung der DDR gegenüber der Bundesrepublik, z. B. durch den Bau der Mauer, durch die Erschwernis bzw. Unmöglichkeit von Besuchen Westdeutscher in der DDR und umgekehrt, • die Konfrontation der westlichen Siegermächte gegenüber der UdSSR im Zusammenhang mit der „deutschen Frage“ als Teil des Kalten Krieges.	6
3	die problematischen Strukturen des Herrschafts- und Gesellschaftssystems der DDR als Ursachen der Protestbewegungen; er berücksichtigt mindestens drei der folgenden Aspekte: • das Machtmonopol der SED, beruhend auf dem Anspruch, aufgrund einer als einzig richtig deklarierten Weltanschauung in allen Bereichen die alleinige Entscheidungskompetenz auszuüben, • die Vermischung von Partei- und Staatsapparat, bei der die SED über alle politischen und gesellschaftlichen Schlüsselpositionen verfügt, • die allgegenwärtige Überwachung der Bürger durch die Staatssicherheit, • die politische Bevormundung der Bürger der DDR, z. B. durch Einheitslisten und Manipulationen bei den Wahlen, • die Nichtbeachtung der Menschenrechte, z. B. durch Verweigerung der Meinungs- und Demonstrations- sowie der Reisefreiheit, durch willkürliche Verhaftungen und politisch geprägte Gerichtsurteile gegen Oppositionelle, • die geringe Leistungsfähigkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems, die unzureichende Versorgung mit Konsumgütern sowie die Umweltzerstörung.	8

4	die Vorgänge in der DDR, die zu der von Sommer beschriebenen Situation und schließlich zum Fall der Mauer führen; er berücksichtigt mindestens fünf Aspekte, z. B.: • die Fälschung der Kommunalwahlen 1989 und die sich dagegen richtende öffentliche Kritik verbunden mit dem Einspruch gegen die Gültigkeit der Ergebnisse, • die Rolle der evangelischen Kirche und die Montagsdemonstrationen in Leipzig gegen das SED-Regime mit der Forderung nach gesellschaftspolitischen Veränderungen in der DDR, • die Bildung von oppositionellen politischen Gruppierungen im September/Oktober 1989, so z. B. die des Neuen Forum, • das Festhalten an der Zweistaatlichkeit und an einem nicht-kapitalistischen Gesellschaftssystem für die DDR durch einen großen Teil der Reformbewegung, • die Massenfluchtwelle als Ausdruck des starken Gegensatzes zwischen Staatsführung und Bevölkerung, • das Herunterspielen des Umfangs und der Bedeutung der Fluchtbewegung durch die „alte Garde“ unter Honecker in Verbindung mit dem starren Festhalten am bisherigen Kurs, • den Versuch, durch die Ablösung Honeckers durch Krenz und die Ankündigung einer demokratischen Erneuerung des Sozialismus das System noch zu retten, • die am 09.11.1989 angekündigte Regelung für Westreisen, die bei den DDR-Bürgern zu spontanen Besuchen Richtung Westen und zu einer faktischen Öffnung der DDR-Grenzen führte.	10
5	den Zusammenhang der Entwicklung in der DDR mit der von Gorbatschow betriebenen Politik der Perestroika und Glasnost im Zuge der Überwindung des Kalten Krieges; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • die von Gorbatschow eingeleiteten Reformversuche in der Sowjetunion, • den Verzicht Moskaus auf jeglichen Führungsanspruch in Osteuropa mit dem Widerruf der Breschnew-Doktrin, • die mit dem Wegfall dieser Doktrin ermöglichte Erhöhung des Freiraums der Bürger in den osteuropäischen Staaten, die zur Stärkung der dortigen Reformkräfte führt, • die Vorbildwirkung solcher antikomunistischen Oppositionsbewegungen für die bis dahin nur schwach ausgebildete Opposition in der DDR, • die Schwächung der Position der SED durch die fehlende Unterstützung Gorbatschows bei der Zurückdrängung oppositioneller Bewegungen.	8
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	prüft die Prognosen Sommers im Hinblick auf die weiteren Entwicklungen der beiden deutschen Staaten und auf das Verhalten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs anhand der tatsächlichen Entwicklungen nach dem Erscheinen des Artikels, indem er folgende Überlegungen in seine Argumentation aufnimmt:	
1	die Widerlegung der Annahme Sommers, in der DDR würden letztlich die auf Eigenstaatlichkeit ausgerichteten Reformkräfte die Oberhand behalten – vor allem wenn die SED-Führung Reformbereitschaft zeige –, so dass sie auf der Basis umfassender Reformen als eigenständiger Staat noch geraume Zeit bestehen bleibe; er berücksichtigt mindestens vier Aspekte, z. B.: • die Tatsache, dass die Wiedervereinigung in Form des Beitritts der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik und das In-Kraft-Treten des Grundgesetzes in der ehemaligen DDR – entgegen der Annahme Sommers – durch den Einigungsvertrag bereits auf den 3. Oktober 1990 terminiert wurde, • die Tatsache, dass selbst der Rücktritt Honeckers Ende Oktober 1989 und die Übernahme seiner Position durch Egon Krenz und das damit verbundene Signal einer gewissen Reformbereitschaft der DDR-Führung dem Wunsch nach einem Sozialismus neuer Prägung nicht zu einer Mehrheit verholfen hat, • die Tatsache, dass die eher unverhoffte Maueröffnung im November 1989 die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, den Slogan „Wir sind das Volk“ durch den Slogan „Wir sind ein Volk“ zu ersetzen, deutlich beschleunigte – trotz zunehmender Reformbereitschaft der neuen SED-Führung, • die Tatsache, dass die Macht der SED in wenigen Wochen in rasantem Tempo zerbrach, mit der Folge, dass z. B. die Volkskammer Anfang Dezember den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung strich und das Politbüro geschlossen zurücktrat, • die Überlegung, dass diejenigen, die hauptsächlich von der Erfüllung ihrer ökonomischen Nachholbedürfnisse und vom Wunsch nach Reisefreiheit geleitet wurden, offensichtlich im Oktober 1989 (noch) keine, den auf Eigenstaatlichkeit bedachten Reformgruppen vergleichbare, öffentliche Stimme hatten, • die Tatsache, dass der Versuch verschiedener Repräsentanten der Bürgerbewegungen, über Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch seit Dezember eine demokratische Umgestaltung der DDR bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu erreichen, immer stärker überlagert wurde durch die Forderung nach einer raschen Wiedervereinigung von Seiten der Mehrheit der Bevölkerung, • die Tatsache, dass auch das Ergebnis der ersten freien Wahl der Volkskammer im März 1990 ein eindeutiges Votum in die Richtung einer Wiedervereinigung darstellte, bei dem die Parteien Erfolg hatten, die sich für eine schnelle politische Vereinigung ausgesprochen hatten, • die Tatsache, dass sich auch in der Bundesrepublik unter Helmut Kohl diejenigen Strömungen durchsetzten, die auf eine schnelle Wiedervereinigung statt auf Zweistaatlichkeit drängten.	12

2	die Präzisierung der von Sommer eher skeptisch gesehenen Rolle der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gegenüber der Bildung eines das europäische Gleichgewicht möglicherweise bedrohenden Gesamtdeutschlands; er berücksichtigt mindestens drei Aspekte, z. B.: • die Tatsache, dass für das Ausland mit der Überwindung der deutschen Teilung in der Tat die Frage der Friedensverträglichkeit Deutschlands im Vordergrund stand, verbunden mit Ängsten vor einer neuen deutschen Großmacht und einer wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands in Europa, • die Tatsache, dass der Deutschlandvertrag aus den 50er Jahren die Vorbehaltsrechte der drei Westmächte für alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, regelte, so dass die deutsche Einheit nicht gegen den Willen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs herzustellen war, • die Tatsache, dass Gorbatschow einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Basis der Forderung der Westmächte, das vereinte Deutschland müsse Mitglied der NATO bleiben, tatsächlich skeptisch gegenüber stand, aber nach intensiven Verhandlungen und hohen finanziellen Zusagen der Bundesrepublik schließlich zustimmte, • die Tatsache, dass der Westen trotz seiner Vorbehalte gegen eine von den Deutschen gewünschte staatliche Einheit kaum mehr ein Veto einlegen konnte, wenn die SU, die bis dahin nach offizieller Version allein einer Beseitigung der deutschen Spaltung entgegenstand, bereit war, ihre Zustimmung zu geben, • die Tatsache, dass nach einer raschen Folge diplomatischer Verhandlungen im Jahr 1990 die Zerstreuung der Ängste des Auslands vor einem zu mächtigen Gesamtdeutschland insgesamt gelungen ist, so dass schließlich alle Seiten in Form des Zwei-plus-Vier-Vertrages die Vereinigung der beiden deutschen Staaten akzeptierten.	8
3	formuliert ein Fazit, in dem er deutlich macht, dass sich Sommers Prognosen vom 13. Oktober 1989 als zu vorsichtig erwiesen haben und dass der Wunsch nach einem Beitritt zur Bundesrepublik mit dem Fall der Mauer eine solche Beschleunigung erfuhr, dass Zweifel am Sinn einer Vereinigung in den beiden deutschen Staaten selbst und die Skepsis des Auslands durch diplomatisches Geschick, vor allem von Seiten Helmut Kohls, – anders als Sommer vermutet – kurzfristig überwunden werden konnten.	4
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	nennt den Verfasser ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	arbeitet als Kernaussage ...	2			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	20			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert die Ausführungen ...				
1	die 1945 nach ...	4			
2	die Hintergründe für ...	6			
3	die problematischen Strukturen ...	8			
4	die Vorgänge in ...	10			
5	den Zusammenhang der ...	8			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	prüft die Prognosen ...				
1	die Widerlegung der ...	12			
2	die Präzisierung der ...	8			
3	formuliert ein Fazit ...	4			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktschme resultierende Note				
	Note ggf. unter Absenkung um ein bis zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktschmen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 39
mangelhaft plus	3	38 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0